Beschlussvorlage
Ref.III/007/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Umweltausschuss	08.10.2025	öffentlich	Beschluss

Betreff:
Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer - Aktueller Stand
hier: Gemeinsamer Antrag CSU-Stadtratsfraktion, SPD- Stadtratsfraktion, Bündnis90/Die Grünen vom 03.02.2025
Antrag Stadtratsfraktion Freie Allianz vom 07.02.2025

Sachverhalt (kurz):

Das Verpackungsaufkommen im öffentlichen Raum stellt auch in Nürnberg ein wachsendes Problem dar. Seit 2022 prüft die Stadt die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer, um dem zunehmenden Müll entgegenzuwirken und Mehrwegangebote zu fördern. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Zulässigkeit solcher Steuern wurde eine Projektgruppe unter Leitung des Referats für Umwelt und Gesundheit eingerichtet, um ein Konzept nach Tübinger Vorbild zu erarbeiten. Aufgrund des Verbots der Verpackungssteuer durch die Bayerische Staatsregierung kann die Steuer derzeit nicht eingeführt werden. Da die Problematik des Verpackungsaufkommens im öffentlichen Raum fortbesteht, sollte die Stadt Nürnberg auf alternative Maßnahmen, wie z.B. den Aufbau einer regionalen Spülstation und den Dialog mit Gastronomie und Handel zur Stärkung von Mehrwegsystemen setzen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Müll-Problematik betrifft alle Menschen in Nürnberg.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufbau eines Mehrweg-Verleihhubs inkl. Spülstation für den Großraum Nürnberg zu prüfen und über die Ergebnisse im Umweltausschuss zu berichten.